

Kurse müsse sich primär an den Zielgruppen ausrichten. Der interdisziplinäre Dialog erfordere die Einbindung des Faches in theologische oder sozialwissenschaftliche Fakultäten an kirchlichen bzw. staatlichen Universitäten. Der Paderborner Weihbischof und Sozialethiker *Reinhard Marx* machte in Rom als Sprecher der deutschen Sprachgruppe deutlich, die Soziallehre sei als *Strukturen- und Institutionenethik* nicht Teil oder Anhängsel der Moralthologie, sondern eine eigenständige theologische Disziplin (trotz einer anderen Aussagetendenz in der Sozialenzyklika „*Sollicitudo Rei Socialis*“ Nr. 41, aber im Einklang mit den „Leitlinien für das Studium und den Unterricht der Soziallehre der Kirche in der Priesterausbildung“ Nr. 4). Einig war man sich darin, daß der Soziallehre in der Bewältigung des Verhältnisses von Kirche und moderner Gesellschaft eine besondere Rolle zukomme und sie deswegen auch für die Zukunft unverzichtbar bleibe. Aber

auch die Mitglieder des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden zeigten sich skeptisch, ob die Soziallehre nach derzeitigem Stand ausreichend gut dafür gerüstet sei. Für den interdisziplinären Dialog und den zivilgesellschaftlichen Diskurs wurde insbesondere eine größere Klarheit im Selbstverständnis und den *methodischen Grundlagen* betont. Auch Weihbischof Marx gestand zu, die Soziallehre habe zwar in Deutschland eine große Tradition, mittlerweile müsse man jedoch von einer *Krise dieser Tradition* sprechen, unter anderem wegen der Gefahr der Privatisierung des Glaubens innerhalb der Kirche selbst. So stoße die Soziallehre in Deutschland außerhalb der Kirche häufig sogar auf größeres Interesse als innerhalb. Kardinal Etchegaray erinnerte in seiner Schlußansprache an eine grundlegende Aussage in „*Octogesima Adveniens*“, die zu wenig bekannt, ja vielleicht sogar „boykottiert“ worden sei. Dort habe Paul VI. betont: „Angesichts solch un-

terschiedlicher Voraussetzungen erweist es sich für Uns als untunlich, ein für alle gültiges Wort zu sagen oder allerorts passende Lösungen vorzuschlagen, doch ist das auch weder Unsere Absicht noch Unsere Aufgabe. Das ist vielmehr Sache der einzelnen christlichen Gemeinschaften; sie müssen die Verhältnisse ihres jeweiligen Landes objektiv abklären, müssen mit dem Licht der unwandelbaren Lehre des Evangeliums hineinleuchten und der Soziallehre der Kirche Grundsätze für die Denkweise, Normen für die Urteilsbildung und Direktiven für die Praxis entnehmen (...)“

Heute ist es notwendiger denn je, die „Zeichen der Zeit“ zu erforschen (GS 4), um in einer gemeinsamen, vom Reichtum der Tradition der Soziallehre inspirierten Suchbewegung wirklich die aktuellen Herausforderungen zu identifizieren und anzunehmen. Es ist zu hoffen, daß bald weitere europäische Treffen zur Soziallehre in diesem Geist stattfinden. G. K.

Verflogene Euphorie

Die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz

Vom 23. bis 29. Juni fand in Graz die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung statt. Acht Jahre nach Basel, der ersten von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen veranstalteten Versammlung dieser Art, begegneten sich Christen aus über 120 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften aus ganz Europa. Die über 10 000 Teilnehmer und Delegierten erhielten ein ungeschminktes Bild vom gegenwärtigen Zustand der Ökumene auf dem alten Kontinent.

„Europa ist schwanger... Es sollen Zwillinge werden... Sie hat beiden einen Namen gegeben: sie heißen ‚Angst‘ und ‚Hoffnung‘. Angst und Hoffnung streiten miteinander, wer dem anderen überlegen sein wird.“ Mit diesen Worten deutete die Straßburger evangelische Theologin *Elisabeth Parmentier* in ihrer Predigt beim Eröffnungsgottesdienst zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung die gegenwärtige Befindlichkeit dieses Kontinents und vor allem seiner Christen. Die Ökumene in Europa entdeckte sich in Graz für manche überraschend wirklichkeitsnah, auf keinen Fall versöhnlerisch, eher widersprüchlich und zugleich bereichernd vielfältig.

Selbstkritisch nahm Parmentier die Diskussion der letzten

Monate über den Versöhnungsbegriff auf, als sie es eine „Versuchung der Kirche“ heute nannte, das Heil allein bringen zu wollen. Auch unter Christen gebe es „gnadenloses Christentum“. Die Kirche müsse sich immer wieder die Botschaft sagen lassen, daß sie nur von der „geschenkten Versöhnung Gottes zu leben vermag“. Auch in der Kirche trage man die beiden Kinder Angst und Hoffnung in sich.

Angst und Hoffnung, Angst und Versöhnung – dieses Begriffspaar bezeichnete eine Polarität, mit der sich die Ökumene in Europa in den Tagen in der gastfreundlich und sommerlich gestimmten Hauptstadt des österreichischen Bundeslandes Steiermark präsentierte. Wer unter dem Leitwort von der gottgeschenkten und lebenverheißenden „Versöh-

nung“ überwiegend realitätsferne Schwärmerei erwartet bzw. befürchtet hatte, wurde eines anderen belehrt. Umgekehrt gab es jedoch auch keinen Anlaß, von der „Euphorie“ von Basel – von der die Schlußbotschaft von Graz gleich im ersten Absatz sagt, daß sie „verflogen“ sei – in eine „Depression“ von Graz verfallen. Graz ist schwer auf einen Nenner zu bringen.

Bereits die mühsame Vorgeschichte zeugt von der Schwierigkeit, dieser von der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) gemeinsam einberufenen Versammlung klare Konturen zu geben. Ein „Basel II“ konnte und sollte es nicht werden. Der glückliche Zusammenfall dieser erstmaligen Versammlung von Christen aus ganz Europa mit dem zeitgeschichtlichen Kairos wenige Monate vor der politischen Wende in Mittel- und Osteuropa ließ sich nicht wiederholen. Und trotzdem würde sich alles weitere an dem messen lassen müssen, was Basel 1989 vorgeben hat (vgl. HK, Juli 1989, 297 ff.).

Graz stand zwar in der Linie dessen, was in Basel vor acht Jahren zum erstenmal versucht worden war. Zugleich bedeutete Graz einen neuen Schritt: Zum erstenmal nach dem Ende kommunistischer Herrschaft in Mittel- und Osteuropa trafen Christen aus allen Teilen Europas und aus den unterschiedlichsten Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zu einer Versammlung zusammen. Mittel- und Osteuropa diesmal nicht nur durch Delegierte vertreten, sondern durch auffallend viele Vertreter der kirchlichen Basis. Etwa die Hälfte aller rund 10000 Teilnehmer kam aus diesen Ländern. Allein aus Rumänien kamen mehr Teilnehmer als aus Deutschland.

Die massive orthodoxe Präsenz prägte die Grazer Versammlung bereits vor deren offiziellem Beginn. Das Scheitern eines zunächst geplanten Treffens von Papst Johannes Paul II. mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., und dem Moskauer Patriarchen Aleksij II. während der Tage der Grazer Versammlung schien zunächst das gesamte Interesse der Medienöffentlichkeit auf sich zu ziehen.

Das Scheitern des Patriarchengipfels hatte nicht nur Nachteile

Was ein Nachteil für die Grazer Versammlung zu werden drohte, dürfte ihr letztlich eher zum Vorteil geraten sein. Wäre es zu dem Treffen gekommen, hätte man in Graz vermutlich weithin unbeachtet von der Medienöffentlichkeit getagt. Unüberhörbar war auch die Genugtuung, die teilweise von evangelischer Seite über das Nichtzustandekommen des Treffens zu hören war. Man argwöhnte, mit dem Patriarchentreffen benutze die katholische Kirche Graz, um am Konferenzgeschehen vorbei ihre eigenen kirchenpolitischen bzw. ökumenischen Interessen zu verfolgen; KEK-Generalsekretär *Jean Fischer* sprach ohne jede Umschweife vom Versuch des „highjacking“.

Zum Scheitern des Patriarchengipfels kam es so: Als zwischen Rom und Moskau bereits Vorbereitungen wegen eines Gesprächs zwischen Aleksij II. und Johannes Paul II. liefen, wurde – so schilderte etwa der Wiener Alterzbischof, Kardinal *Franz König*, vor Journalisten die Vorgänge – erst bekannt, daß sich Patriarch Bartholomaios I. zur gleichen Zeit zu einem Besuch in Österreich aufhalten würde. Aus dem Zweiertreffen versuchte man daraufhin kurzerhand, ein Dreiertreffen zu machen; hierbei kam es offenbar zu Unstimmigkeiten.

Bartholomaios I. sagte daraufhin seine Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung ab und verschob seinen offiziellen Österreich-Besuch. Er wolle nicht „an Auseinandersetzungen teilnehmen, in denen um Machtpositionen gerungen werde“, hieß es in einem Kommuniqué des Heiligen Synod. In einer Botschaft an die Teilnehmer der Grazer Versammlung bezeichnete Bartholomaios I. seine Abwesenheit als „schmerzliches Opfer“. Abgesagt habe er „nach reiflicher Überlegung“, „um größeren Schaden zu vermeiden und um den Geist der Versöhnung zu fördern“.

Obwohl Patriarch Aleksij zunächst verlauten ließ, daß die Absage von Patriarch Bartholomaios keine Rückwirkungen auf seine Reiseplanungen haben werde und er am Gesprächstermin mit dem Papst festhielt, platzte kurz vor Beginn der Grazer Versammlung jedoch auch dieser Gesprächstermin. Der Moskauer Heilige Synod begründete die Absage des Treffens mit der weiterhin ungelösten Frage des Proselytismus sowie den Konflikten mit den Unierten in der Ukraine.

Im Unterschied zu Bartholomaios nahm Patriarch Aleksij dennoch an der Ökumenischen Versammlung teil. In einer Ansprache zu Beginn des Treffens forderte er zur Zusammenarbeit „vor allem in der Überwindung des Proselytismus, im Kampf gegen die geistliche Aggression und zur Verhinderung einer Konkurrenzsituation in der Mission“ auf.

Außerdem zeichnete der Patriarch ein drastisches Bild der Verhältnisse in den Ländern des ehemaligen Ostblocks: „An die Stelle der alten Spaltungen sind neue getreten, und neue Probleme machen sich breit. Während die Integration in Westeuropa voranschreitet, zerfällt Osteuropa.“ Die „wirtschaftliche Kluft zwischen den Ländern im Westen und denen im Osten“ werde „immer breiter und tiefer“. An die Stelle des früheren „eisernen Vorhangs“ drohe ein „silberner Vorhang“ zu treten, der nicht nur eine Trennlinie zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb einzelner Länder ziehe.

Die Proselytismus-Thematik, so wenig neu sie auch sein mag, wuchs sich in Graz zu dem am meisten diskutierten Thema aus. Der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal *Edward Cassidy*, zeigte zwar Verständnis für die orthodoxen Sorgen – eine aggressive Sekten-Invasion gebe es tatsächlich in Rußland, in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie auch in Lateinamerika –, er bedauerte aber, daß der Patriarch keine „deutlichere Unterscheidung“ in der Frage des Proselytismus ge-

macht habe. Kirchen und Gemeinschaften, die traditionell in Rußland präsent seien wie etwa Katholiken und Lutheraner, dürften mit den Sekten nicht „in einen Topf geworfen werden“.

Auch der armenische Katholikos Karekin I. griff in seinem Eröffnungsvortrag diese Thematik auf und distanzierte sich von der „Lawine so vieler Sekten und pseudoreligiöser Bewegungen, die in einer Art Feldzug oder Invasion die osteuropäischen Länder überrollt“. Man dürfe nicht der „Versuchung einer konkurrierenden und antagonistischen Linie“ in der Ökumene „nachgeben, die einer auf Proselytismus zielenden Handlungsweise Tür und Tor öffnen würde“.

Karekin gelang ein engagiertes ökumenisches Zeugnis, und er warb zugleich erfolgreich um Verständnis für orthodoxe Vorbehalte: „Kann ein Land, in dem jeder Stein, jedes Buch, jedes Kunstwerk, ja die gesamte Kultur vom christlichen Glauben spricht, als ‚Missionsfeld‘ im normalen Wortsinn gesehen werden? Ist dies nicht eine Beleidigung gegenüber dem Vermächtnis der Märtyrer, die vor mehr als 17 Jahrhunderten ihr Leben für Christus dahingaben?“

Die inneren Schwierigkeiten der russisch-orthodoxen Kirche

Bei aller Schärfe in Sachen Proselytismus – auch in Graz blieb nicht verborgen, daß die Haltung mancher orthodoxer Bischöfe aus der ehemaligen Sowjetunion in dieser Frage noch andere Beweggründe hat: In den eigenen Kirchen, bis in den Heiligen Synod hinein, haben sie mit wiederholt ausdrücklich so genannten „fundamentalistischen“ Kreisen zu kämpfen, von denen die Ökumene per se gegenwärtig wie eine Bedrohung wahrgenommen wird. Die Öffnung zum Westen assoziiert man dort mit jenen Erscheinungen, über die auch im Westen niemand glücklich ist (Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität u. a.) oder mit denen man sich als Veränderungen innerhalb von freien, pluralistischen Gesellschaften abgefunden hat.

So erklärt es sich, daß man sich in Graz hütete, aus den Mißtönen im Zusammenhang mit den Äußerungen der orthodoxen Kirchenvertreter unmittelbar auf den Zustand der Ökumene insgesamt zurückzuschließen. Westliche wie auch östliche Repräsentanten waren um Schadensbegrenzung bemüht.

Einer sprach für viele: Kardinal König (in: Der Standard, 19.6.97) bezeichnete die eingetretene „scheinbare Stagnation“ als „natürlich“; sie sei nicht gegen die ökumenische Bewegung als solche gerichtet. Den Westen forderte er auf, Geduld zu haben. Zwischen Osten und Westen sei ein „Graben des Mißtrauens“ sichtbar geworden, der weit über den engeren kirchlichen Rahmen hinausgehe.

König übte indes auch Kritik am Westen: Das Gespräch mit den Menschen in Osteuropa habe man nicht selten als Überlegene begonnen. Im übrigen sei es „verletzend und zum größten Teil falsch“, wenn verschiedene christliche Gruppen mit dem Anspruch aufträten, Rußland bekehren zu wollen.

Auf jeden Fall war das, was in Graz an Problemen zutage trat, nicht auf diese Versammlung beschränkt. Graz war allenfalls der Anlaß, nicht jedoch die Ursache für das, was sich an atmosphärischen Störungen zeigte: In die gleiche Richtung wies bereits der Austritt der Georgischen Orthodoxen Kirche aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Konferenz Europäischer Kirchen (vgl. HK, Juli 1997, 375; ds. Heft, 390ff.) einen Monat vor Graz. Indes wurde dort auch daran erinnert, daß niemand anderes als Patriarch Aleksij den von antiökumenischen Kräften verlangten Rückzug der russisch-orthodoxen Kirche aus der Ökumene bisher verhindern konnte (vgl. HK, April 1997, 183). Die Entscheidung von Patriarch Bartholomaios, erstmals seit 21 Jahren keine offiziellen Vertreter zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des Festes St. Peter und Paul am 29. Juni nach Rom zu schicken, hing offenbar noch eng mit seiner Absage der Österreich-Reise und dem Treffen mit dem Papst zusammen.

Wenn es in der Rückschau schwer fällt, die Grazer Versammlung auf einen Nenner zu bringen, dann hing dies auch damit zusammen, daß das *Delegiertentreffen* mit seinen Arbeitsergebnissen nicht dazu angetan war, als verlässlicher Indikator für die Lage der Ökumene dienen zu können.

Man hatte sich für Graz viel, zu viel vorgenommen. 60 Seiten umfaßte der im April veröffentlichte zweite Entwurf des Arbeitsdokumentes. Er bestand aus einem 35 Absätze umfassenden sogenannten Basistext (Teil A) mit Aussagen zum Versammlungsthema. Teil B enthielt Handlungsempfehlungen mit insgesamt 50 Abschnitten sogenanntem Hintergrundmaterial, jeweils beides zu allen sechs Themenbereichen der Versammlung („Die Suche nach der sichtbaren Einheit der Kirchen“; „Dialog mit den Religionen und Kulturen“; „Einsatz für soziale Gerechtigkeit...“; „Engagement für die Versöhnung in und zwischen den Völkern und Nationen und Stärkung gewaltfreier Formen der Konfliktbewältigung“; „neue Praxis ökologischer Verantwortlichkeit...“; „gerechter Ausgleich mit anderen Weltregionen“.

Eine Woche Zeit – und doch zu wenig

Die Grazer Versammlung hatte die Aufgabe erhalten, eine kurze Botschaft, für die ein Entwurf vorgelegt wurde, und den Basistext zu beraten und zu überarbeiten. Außerdem sollten – wie es in Anweisungen der Gemeinsamen Komitees von KEK und CCEE hieß – „substantielle und zukunftsweisende“ Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, ohne an die vorgelegten Vorschläge gebunden zu sein. Botschaft und Basistext sollten „angenommen“, die Handlungsempfehlungen lediglich „entgegengenommen“ werden.

Das Grundproblem dieses zentralen Teils der Grazer Versammlung lag bereits in seiner zeitlichen wie inhaltlichen Strukturierung. Die Delegiertenversammlung begann an den ersten beiden Tagen mit breiten, von Delegierten als unnötig monologisierend empfundenen Eröffnungsreferaten und Grußworten, die wertvolle Zeit verstreichen ließen. Mittwoch, Donnerstag und Freitag hatten die Delegierten

die Möglichkeit, in anderthalb Stunden in 30 Arbeitsgruppen jeweils eng begrenzte Teile der Schlußdokumente zu beraten.

Am Freitag abend vergingen weitere Stunden im Plenum mit einer zum Volkshochschulseminar geratenen Auseinandersetzung mit Vertretern der wichtigsten europäischen Institutionen EU, Europarat und OSZE, das in den Forums- oder Hearingsteil von Graz gut hineingepaßt hätte – aber kaum in den eigentlichen Beratungsteil. Mit dem Ergebnis, daß sich Beratung im Plenum und Verabschiedung danach am Samstag, den letzten ganzen Tag der Versammlung, zusammendrängten. An diesem Tag war jedoch nicht nachzuholen, was zuvor versäumt wurde. So kam es zu der seltsamen Situation, daß man eine Woche Zeit – und doch kaum Zeit für substantielle Beratungen hatte.

Den Redaktionsteams zum Basistext und zu den Handlungsempfehlungen wurde eine Arbeit zugeschoben, die weit über das hinausging, was für das Plenum nachvollziehbar war. Der Vorschlag eines orthodoxen Delegierten am Samstagmittag, den Basistext zu einem sogenannten „Arbeitspapier“ herabzustufen, war Ausdruck eines verbreiteten Unbehagens angesichts des wenig überzeugenden Prozedere und hinterließ für Stunden das Gefühl erheblicher Verwirrung darüber, wie es denn nun weitergehen sollte.

Erst die Erinnerung an die geltenden Verfahrensregeln, nach der weder Basistext noch Handlungsempfehlungen für sich genommen beteiligte Kirchen binden, machte den Weg frei zur Verabschiedung der Dokumente auf dem geplanten Weg, ohne daß dieser befriedigen konnte. Die hohen Abstimmungsergebnisse mit jeweils – bei rund 700 Delegierten – über 500 Ja-Stimmen und nur wenigen Ablehnungen bzw. Enthaltungen für die Botschaft bzw. den Basistext zeugten eher vom erklärten Willen der Delegierten, die Versammlung auf geordnete Weise zu Ende zu bringen als von der inneren Zustimmung zu dem auf diese Weise Erarbeiteten.

Spaltungen, die auch als Reichtum erfahren werden

Botschaft – Basistext – Handlungsempfehlungen und Hintergrundmaterial – das, was Graz mitzuteilen hat, findet sich in insgesamt vier Texten wieder, in denen insgesamt viel Bekanntes und vielfach Beschworenes erneut bekräftigt wird. Wobei der Gerechtigkeit halber hinzuzufügen ist: Was sich zumal aus westeuropäisch-deutschsprachiger Perspektive wie eine Wiederholung von längst Bekanntem ausnimmt, muß dies etwa aus osteuropäischer Sicht durchaus nicht sein.

Die europäischen Kirchen bekennen sich in der Botschaft zu ihrer Bereitschaft „zum Aufbau einer wahrhaft humanen Gesellschaft“ mit all jenen zusammenarbeiten zu wollen, die aus Gründen von „Rasse, Geschlecht, ethischer Abstammung, Alter und Religion verfolgt und ausgegrenzt werden“

(Botschaft Nr. 10). Versöhnung geschehe durch die Beachtung der ethischen Dimension der Gerechtigkeit in Politik, Wirtschaft, Technik und Massenmedien.

Man setzt sich (Botschaft Nr. 8) für den Vorrang der menschlichen Person gegenüber wirtschaftlichen Interessen ein; für die Würde und den Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Migranten und Vertriebenen („Recht von Flüchtlingen auf Asyl“, „freie Wahl des Wohnortes“); für Abrüstung und die Entwicklung gewaltfreier Wege der Konfliktlösung; für den Schuldenerlaß für die ärmsten Länder; für die Umkehrung des Trends zu Umweltzerstörung und Ausbeutung der natürlichen Welt.

In bezug auf die Ökumene spricht sich die Botschaft u. a. für Vergangenheitsbewältigung „im Geist historischer Wahrheit“ aus, für die Bekräftigung des gleichen Status und der gleichen Rechte von Minderheitskirchen und Völkern; für die Fortführung ernsthafter interreligiöser Dialoge; für die Abhaltung ökumenischer Treffen auf den verschiedensten Ebenen; für die Fortführung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Die Kirchen verpflichten sich zur Ächtung aller Formen von Gewalt; zur Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung innerhalb der Kirchen; zur Förderung der Stellung und Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen einschließlich entscheidungstragender Funktionen; zur Bekräftigung ihres Engagements für soziale Gerechtigkeit, für die Umweltpolitik und zur „Bekämpfung wirtschaftlicher Systeme, die sich im Zuge der Globalisierung negativ auswirken“.

Unter den ökumenischen Herausforderungen findet sich in der Botschaft eine Umschreibung des Gesamtziels ökumenischer Bemühungen, die ein Thema anreißt, das verschiedentlich in Graz auftauchte, ohne im Rahmen einer umfassenden Vision wirklich bewältigt zu sein: Die aktuelle kirchliche Vielfalt wird historisch zwar als Ergebnis schuldhaften Handelns begriffen, heute dennoch aber auch als bereichernde Vielfalt erfahren. Man solle sich fragen, ob die innerchristlichen „Spannungen das Ergebnis der Vielfalt waren, die damals als spaltend empfunden wurde, heute aber als bereichernd gesehen wird“.

Was das Proselytismus-Thema angeht, spricht sich die Botschaft (Nr. 8) für die Förderung der Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Mission bzw. für die Vermeidung eines „Wettbewerbsdenkens“ und gegenseitige Achtung der Gewissensfreiheit aus. In den Handlungsempfehlungen (Nr. 1.2) wird gefordert, die Kirchen sollten ein gemeinsames Dokument erarbeiten mit dem Ziel, besser unterscheiden zu können zwischen „Proselytismus und christlichem Zeugnis sowie zwischen Fundamentalismus und echter Treue zum Glauben“.

Im Hintergrundmaterial zu den Handlungsempfehlungen (Abschnitt B7) ist der Versuch einer Krieriologie zu diesem Thema enthalten: Keine Kirche, kirchliche Gemeinschaft oder Bewegung könne sich auf den christlichen Missionsauftrag berufen, wenn sie versuche, mit finanziellen oder pro-

pagandistischen Mitteln Angehörige einer anderen Konfession abzuwerben. Man achte das Recht aller, zu einer anderen Konfession zu konvertieren, dies dürfe aber niemals durch Druck und Manipulation herbeigeführt werden. Unmittelbar auf die Diskussion mit der russischen Orthodoxie spielt der Hinweis an, es sei dringend erforderlich, das Verhältnis zwischen dem „ekklesialen Begriff des kanonischen Gebiets und dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit“ zu klären.

Die Begegnung stand im Mittelpunkt

Auf konkrete *kriegerische Konflikte* wird in den Dokumenten nicht näher eingegangen – auch trotz eines engagierten Appells des Bischofs von Banja Luka (Bosnien-Herzegowina), *Franjo Komarica*. Komarica warf der Völkergemeinschaft Versagen im Umgang mit dem Konflikt in seinem Land vor. In die Kritik bezog er auch KEK und CCEE mit ein. In den Handlungsempfehlungen werden die Kirchen aufgefordert, eine aktive und nachhaltige Rolle bei der friedlichen Transformation von Konflikten (z. B. in Nordirland, Zypern) und in Friedens- und Versöhnungsprozessen nach kriegerischen Auseinandersetzungen (wie in Bosnien, Kroatien, Serbien, Tschetschenien u. a.) zu übernehmen. KEK und CCEE wird empfohlen, ein „ständiges Komitee für Konfliktanalyse und -bearbeitung“ einzurichten.

Zur Sicherheitspolitik beläßt es der Basistext bei der Bemerkung, die Entwicklung gemeinsamer demokratischer Institutionen und die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit von ganz Europa stärke die Stabilität und vermindere die Konfliktgefahr. Wenn Teile Europas dagegen in einem „Sicherheitsvakuum“ gelassen würden, könnten die Möglichkeiten politischer Manipulation alter Spannungen zunehmen. Die Aussage von Basel, nach der es nirgendwo in Europa Situationen gebe, die Gewalt erforderten oder rechtfertigten, wird wiederholt. Eine ethische Neubewertung militärischer Einsätze im Auftrag der Völkergemeinschaft, wie sie gerade auch im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkonflikt verstärkt diskutiert wird, unternahm man in Graz nicht.

Mancher Teilnehmer und Delegierte hatte von Anfang an die Bedeutung der Arbeitsergebnisse heruntergespielt und damit den Finger auf eine strukturelle Schwäche dieser Versammlung gelegt. Die Basler Versammlung vor acht Jahren war eingebunden in einen – zumindest in manchen Kirchen und Ländern – dichten Prozeß zwischen Hinführung und Vorbereitung auf nationaler Ebene und der Einbringung der Basler Ergebnisse in die Weltversammlung von Seoul. Graz mußte dagegen mit weniger substantiellen Vorarbeiten auf nationaler Ebene (zur Ökumenischen Versammlung in Deutschland vgl. HK, Juli 1997, 332 ff.) auskommen. Dieser Nachteil wurde auch in Graz selbst nicht wettgemacht.

Je schwieriger man sich in Graz mit dem absehbaren Arbeitsergebnis der Delegiertenversammlung tat, desto häufiger war zu hören, es komme letztlich nicht auf das bedruckte Pa-

pier an, sondern auf die persönliche Begegnung, die entstandenen Beziehungen zwischen den Teilnehmern. So offensichtlich der Zusammenhang zur Unzufriedenheit mit dem eigentlichen Beratungsprozeß der Delegierten auch war – die Betonung des Wertes der Begegnung war durchaus berechtigt.

Der „neutrale“ Ort Graz ermöglichte Begegnungen zwischen hochrangigen Kirchenvertretern gerade aus Ost- und Südosteuropa, die in den jeweiligen Ländern angesichts der z. T. äußerst schwierigen ökumenischen Verhältnisse vor Ort nie stattgefunden hatten. Teilnehmer gerade aus den mittel- und osteuropäischen Ländern erlebten in Graz Christentum auf für sie neue Weise: bunt, überraschend vielfältig, ungezwungen, aber auch fremd, verunsichernd, irritierend. Teilnehmer aus westeuropäischen Ländern nutzten Graz – mangels eines entsprechenden Angebots in den eigenen Ländern –, so wie man dies in Deutschland auf den Kirchen- bzw. Katholikentagen tut.

Und auch hierin ähnelte Graz den Kirchen- bzw. Katholikentagen, wie man sie aus Deutschland kennt: 250 Seiten umfaßte das Programmheft. Das Versammlungsgeschehen zerfiel im wesentlichen in zwei, wenn auch durchaus miteinander verzahnten und gegenseitig durchlässigen Teile: In das kirchentagsähnliche Treiben der Initiativgruppen aller Art zwischen der „Agora“ der Versöhnungsinitiativen, „Ökumenischem Dorf“, „Friedenshaus“, „Welthaus“ und „Frauzentrum“ u. a. einerseits und dem Delegiertentreffen im zentralen Plenum auf dem Messegelände und in den Räumen auf der Messe und um die Messe herum, in denen die zahlreichen Arbeitsgruppen tagten.

Der Gewinn von Graz: ein Mehr an Realismus

Auf Dialogforen zu den sechs genannten Themenfeldern hatten Delegierte und Teilnehmer Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Hinzu kamen zahlreiche Hearings und Workshops zu sozialetischen, theologischen und kirchlichen Themen. Die Liste der Veranstalter liest sich wie ein Who is who kirchlicher Institutionen, Bewegungen und Verbände in Europa. Die Liste der Themen hätte auf einem Kirchentag nicht länger, die der Referenten nicht illustrer sein können. Dabei wurde nicht nur über Themen gesprochen; man war auffällig bemüht, Themen Gesichter zu geben, Sachbeiträge wurden zu Zeugnissen.

Die Beschäftigung mit dem Versammlungsthema („Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“) bedeutete in erster Linie Arbeit an „konkreten Projekten der Versöhnung“ (Kardinal *Carlo Maria Martini*): So berichtete die Generalsekretärin des Südafrikanischen Kirchenbundes, *Brigalia Hlophe Bam*, den Delegierten über die Arbeit der „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (TRC) ihres Landes.

Ob im Rahmen des Delegiertentreffens, in den Dialogforen oder den Hearings und Workshops – im Mittelpunkt standen immer wieder Personen und Gruppen, die auf dem Gebiet

der Versöhnungsarbeit spezifische Erfahrungen mitbringen: Chiara Lubich und die Spiritualität der Einheit der von ihr gegründeten „Focolare-Bewegung“; Frère Roger Schutz, Gründer und Prior der ökumenische Brudergemeinschaft Taizé; Andrea Riccardi, Gründer der römischen Comunità di San Egidio, zu den politischen Vermittlungsbemühungen seiner Gemeinde; der italienische Waldenser Paolo Ricca über den Dialog zwischen Protestanten und Katholiken in Italien; Trevor Williams von der nordirischen „Corrymeela Community“; der Ökumeniker Paul Oestreicher (Coventry) Bischof Samuel Ruiz García von Chiapas/Mexiko; Hans Küng und sein Weltethos-Projekt (vgl. ds. Heft, 410 ff.) und viele andere.

Kennzeichnend für den Gesamtverlauf dürfte gewesen sein, daß Veranstaltungen mit sozialetischen Fragen insgesamt schwächer, solche mit kirchlich-theologischer Thematik besser besucht waren. Mit anderen Worten: Die Themen, die gerade den konziliaren Prozeß vor und nach Basel besonders bestimmten, traten etwas in den Hintergrund, ohne freilich aus dem Blick zu geraten, während kirchlich-theologische Aspekte der Ökumene, aber auch klassische Streitfragen innerhalb vieler Kirchen wie die Stellung der Frauen erhebliche Beachtung fanden.

Soll man es Widersprüchlichkeit nennen oder schlicht kirchlich-religiöse Wirklichkeit in den 90er Jahren, also Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen – in Graz zeigte sich, wie breit in Europa das Spektrum der unter Christen unterschiedlichster Kirchen und kulturellen Herkünfte anzutreffenden Positionen faktisch ist. Wobei der Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa nicht alles erklärt.

Manche feministische, ökologische und pazifistische, gerade

dem deutschsprachigen Raum zugeordnete Position stieß auch bei manchem westeuropäischen Teilnehmer nicht nur auf Zustimmung. Zum anderen traten auch die orthodoxen Kirchen nicht in allem wie eine einheitliche Front auf – Beispiel: die Diskussion der Lage von Frauen.

Wie immer man im einzelnen Struktur und Verlauf der Grazer Versammlung beurteilt, als wie gravierend man auch immer die zutage getretenen Probleme einschätzt – dies alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Treffen eine nie ernsthaft in Frage gestellte Berechtigung und Plausibilität besaß. Selbst wenn die Kirchen in Europa auch in und mit Graz immer noch nach einer angemessenen Form gesucht haben, in der sie miteinander ins Gespräch kommen und mit der sie in das übrige Europa hinein ihre Stimme erheben. Das ändert nichts daran, daß es zu Gehversuchen, wie sie in Graz unternommen wurden, keine wirkliche Alternative gibt. Im Grunde konnte man sich in Graz nur wundern, warum man sich zeitweise so schwer getan hat, sich überhaupt für diesen Versuch zu entscheiden.

In seiner Predigt im Schlußgottesdienst erinnerte der Bischof von Basel, Kurt Koch, an die Angst im Vorfeld von Graz, „mit dem Wort der Versöhnung könnte Schuld verharmlöst und könnten Ungerechtigkeiten mit einem billigen Mantel falscher Rück- und Nachsicht entschuldigt werden“. Daß das Befürchtete in Graz nicht eintrat, hatte vor allem damit zu tun, daß sich die Ökumene – und sei es auch nur ungewollt und ungeplant – so ungeschminkt präsentierte, wie man es selten erlebt. Dieses Mehr an Wahrhaftigkeit und Realismus jenseits von Protokoll und Prestige, von Ideal und Wunschvorstellung könnte sich eines Tages sogar als der Gewinn von Graz herausstellen. Klaus Nientiedt

Volksakademie in der Heldenstadt

Der 27. Deutsche Evangelische Kirchentag in Leipzig

Die sozialen Probleme in Deutschland, vornehmlich die Massenarbeitslosigkeit und eine Bestandsaufnahme zum fortdauernden deutsch-deutschen Einigungsprozeß standen im Zentrum des Kirchentages, der unter dem Leitwort „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“ vom 18. bis 22. Juni in Leipzig stattfand. Es war der erste gesamtdeutschen Kirchentag in einer Stadt der neuen Bundesländer.

Sicherlich hat bisher jeder Veranstaltungsort dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, ebenso wie den Katholikentagen auch, seinen Stempel aufgedrückt. Und wenn es nur die Millionenstädte wie Hamburg (vgl. HK, August 1995, 411 ff.) oder München (vgl. HK, Juli 1993, 350 ff.) waren, die auch über 100 000 Kirchentagsbesucher einfach mühelos „schluckten“. Immer versuchte das Kirchentagspräsidium in der Programmplanung auch dem jeweiligen Genius loci zum Ausdruck zu verhelfen. Leipzig, die Messe-

stadt, das deutsche Tor nach Osteuropa, die Bach-Stadt, vor allem aber die „Heldenstadt“ der Wende als Veranstaltungsort des 27. Deutschen Evangelischen Kirchentages, zugleich auch des ersten gesamtdeutschen Kirchentages in einer Stadt der neuen Bundesländer, gab dem Protestantentreffen dennoch noch einmal eine besondere Note.

In gewisser Hinsicht kehrte der Kirchentag dabei auch nach Leipzig zurück, was zumindest die Älteren unter den 102 000 Dauerteilnehmern und vor allem die, die aus Leipzig selbst